



Die Kreis-, Stadt- und Verbandsgemeindeverwaltungen  
im Landkreis Alzey-Worms

Frau Ministerpräsidentin  
Malu Dreyer  
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz  
Postfach 3880  
55028 Mainz

Mittwoch, 9. Februar 2023

**OFFENER BRIEF**  
**Problematik „Asylunterbringung“**

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

die erneut stark steigenden Zuweisungen von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern veranlassen uns, Ihnen mit diesem Schreiben die äußerst schwierige Situation für die Kommunen im Landkreis Alzey-Worms zu schildern und Sie gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass unsere Kapazitäten erschöpft sind.

Seit 2015 haben wir im Landkreis Alzey-Worms mehr als 3.000 Asylbewerberinnen und Asylbewerber aufgenommen, auf dem Wohnungsmarkt untergebracht, betreut und die Leistungsgewährung sichergestellt. Neben dem erheblichen Aufwand für die kommunalen Verwaltungen war dabei auch das bürgerschaftlich-ehrenamtliche Engagement von herausragender Bedeutung. Die Belastungsgrenze ist aber längst erreicht. Seit Februar 2022 kommt die Aufnahme Geflüchteter aus der Ukraine hinzu. Rund 1.100 Menschen wurden auch hier wiederum gut aufgenommen und mit Wohnraum und Leistungen versorgt. Die Wohnungsversorgung erfolgte bis auf wenige Ausnahmen in Privatwohnungen. Von allen Beteiligten wurde unglaublich viel abverlangt, aber wir haben es gemeinsam unter größter Kraftanstrengung geschafft, ohne dass es zu gravierenden gesellschaftspolitischen Spannungen oder gar offener Ablehnung kam. Mittlerweile merken wir aber, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet und ein „Weiter so“ zu erheblichen Spannungen führen könnte.

Nun aber sind unsere Möglichkeiten nahezu aufgebraucht. In Anbetracht eines leer gefegten Wohnungsmarktes, der selbst für Einheimische keinen ausreichenden bezahlbaren Wohnraum mehr bietet, und der Tatsache, dass sich viele anerkannte ehemalige Asylbewerberinnen und Asylbewerber mangels Alternativen immer noch in den seinerzeit zur Verfügung gestellten Wohnungen befinden, ist die dezentrale Unterbringung nicht mehr möglich. Erste Sammelunterkünfte haben wir bereits eingerichtet, zwei weitere Containerdörfer auf ehemaligen THW-Standorten sowie eine Notunterkunft in der

Fahrzeughalle des Katastrophenschutzes werden folgen. All diese Behelfsmaßnahmen werden allenfalls für das 1. Halbjahr 2023 ausreichen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass es extrem schwer werden wird, für die geplanten Sammel- und Containerunterkünfte Betreuungskräfte zu finden. Die freien Träger verweisen uns schon seit einiger Zeit auf fehlendes Personal. Für ein geordnetes Miteinander ist eine adäquate Betreuung aber unerlässlich. Immer mehr Kitas und Schulen melden uns zurück, dass die Herausforderungen kaum noch zu stemmen sind, obgleich auch hier vorbildliche Integrationsleistungen erbracht werden. Eine Unterbringung in Turnhallen möchten wir auf jeden Fall vermeiden. Schon während der belastenden Corona-Zeit haben Schulsport und der außerschulische Sport schwer gelitten. Einen erneuten Abbruch der Sportmöglichkeiten können wir deshalb nicht mehr verantworten, zumal es bei der Belegung nicht mehr um eine temporäre Inanspruchnahme, sondern wahrscheinlich um eine langfristige Sperrung gehen würde. Das Gleiche gilt für Sportveranstaltungen mit ihrem prägenden Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das soziale Leben.

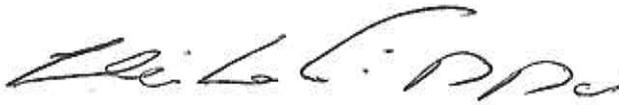
Aus alledem ergibt sich für uns die Notwendigkeit, offen und transparent deutlich zu machen, dass uns die weitere Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern überfordert und wir dringend eine Strategie brauchen, wie es über das 1. Halbjahr hinaus weitergehen soll. Wir mahnen eine zwingend andere und gerechtere Verteilung der schutzsuchenden Menschen aus aller Welt in der Europäischen Union an. Die Bundesrepublik Deutschland trägt einen weit überproportionalen Anteil an der eigentlich notwendigen gemeinsamen Kraftanstrengung. Solidarität in der EU kann nicht bedeuten, dass einige Staaten sich auf den Bezug von Fördergeldern beschränken, sich aber ansonsten aus der Solidarverpflichtung heraushalten. Hier halten wir eine Intervention von Bund und Ländern für unbedingt notwendig. Die Begrenzung der irregulären Zuwanderung muss umgehend auf die Tagesordnung und darf nicht weiter tabuisiert werden.

Wir erkennen an, dass sich das Land in hohem Maße für die Ausweitung der Erstaufnahmeeinrichtungen engagiert und die Zuweisung auf die Kommunen abpuffert. Die endlichen Ressourcen auf örtlicher Ebene machen es aber erforderlich, weitere zentrale Einrichtungen auf Bundes- und Landesebene zu schaffen und dabei insbesondere auch die Asylbewerberinnen und Asylbewerber dort zu belassen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und für die keine Bleibeperspektive besteht. Die Organisation der freiwilligen Ausreise oder Rückführung könnte zentral schneller erfolgen und würde die Ausländerbehörden entlasten. Die gesetzlichen Bestimmungen zur Abschiebung ausreisepflichtiger Personen bedürfen einer grundlegenden Novellierung, da es nach der heutigen Duldungspraxis nur sehr schwer möglich ist, Rückführungen überhaupt zu vollziehen - wenn überhaupt, dann oftmals nur mit großem Aufwand. Letztlich muss es auch darum gehen, dass unsere Hilfe den Menschen zu Gute kommt, die unserer Hilfe bedürfen und die hierauf einen Anspruch haben.

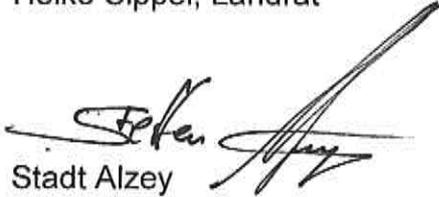
Abschließend wollen wir nicht unerwähnt lassen, dass die kommunalen Kassen durch die Flucht- und Asylaufnahme stark belastet werden. Wir sind dankbar für die staatliche Unterstützung seitens Bund und Land, wissen aber aus der Vergangenheit heraus, dass die entstehenden Kosten durch die Zuweisungen wohl nicht annähernd gedeckt werden können. Wir erwarten deshalb eine volle Kostenübernahme der uns entstehenden Aufwendungen. Jedoch würde uns allein die Zusage von mehr Geld auch nicht in die Lage versetzen, noch mehr Menschen unterzubringen. Das wäre ein Trugschluss und darf so auch nicht beim Bund ankommen.

Ein offener Dialog und Schulterschluss zwischen Land und den Kommunen ist gerade in diesen Zeiten unerlässlich. In diesem Sinne rechnen wir mit einer klaren Positionierung und Unterstützung der Landesregierung.

Mit freundlichen Grüßen



Landkreis Alzey-Worms  
Heiko Sippel, Landrat



Stadt Alzey  
Steffen Jung, Bürgermeister



Verbandsgemeinde Alzey-Land  
Steffen Unger, Bürgermeister



Verbandsgemeinde Eich  
Maximilian Abstein, Bürgermeister



Verbandsgemeinde Monsheim  
Ralph Bothe, Bürgermeister



Verbandsgemeinde Wöllstein  
Gerd Rocker, Bürgermeister



Verbandsgemeinde Wörrstadt  
Markus Conrad, Bürgermeister



Verbandsgemeinde Wonnegau  
Walter Wagner, Bürgermeister